

## Einladung

# Crashkurs Rohstoffpolitik

für politisch Aktive und Multiplikator\*innen aus Parteien, Gewerkschaften sowie umwelt- & entwicklungspolitischen NGOs

Freitag, **12. Oktober 2018, 11.00 Uhr** bis  
Samstag, **13. Oktober 2018, 17.00 Uhr**  
in **Dresden**

Die deutsche Industrie ist der weltweit fünftgrößte Importeur von metallischen Rohstoffen. Auf Druck der Industrie bemühen sich die Bundesregierung und die EU, mit politischen Instrumenten die „Versorgungssicherheit“ deutscher Unternehmen zu gewährleisten. Umwelt-, Sozial- und Entwicklungsanliegen spielen dabei eine untergeordnete Rolle, obwohl der Rohstoffabbau häufig mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung einhergeht.

Dieser Crashkurs für politische Multiplikator\*innen führt in Themen der Rohstoffpolitik und ihre sozialen und ökologischen Folgen ein. Dabei wird das Vorgehen deutscher und europäischer Akteure ebenso beleuchtet wie die Folgen des Abbaus in den Herkunftsländern und alternative Abbaukonzepte. Schwerpunkt des diesjährigen Kurses liegt auf den Rohstoffen für so genannte „Zukunftstechnologien“, darunter die Batterien für elektrisch betriebene Fahrzeuge. Zu den am meisten diskutierten Rohstoffen gehören Lithium und Kobalt, deren Preise parallel zu Verbrauchsprognosen in die Höhe schießen.

Deshalb werden wir uns am ersten Tag des Crashkurses besonders auf Lithium fokussieren: Nachdem wir durch die Besichtigung des Besucherbergwerks Zinnwald einen physisch vermittelten Eindruck vom Rohstoffabbau bekommen, treffen wir den Geschäftsführer der Deutschen Lithium GmbH, um mehr über den geplanten Lithiumabbau in Altenberg zu erfahren. Abends lernen wir über die Herausforderungen des Lithiumabbaus in Bolivien.

Am zweiten Tag möchten wir auf verschiedene Instrumente der Rohstoffpolitik zu sprechen kommen, unter anderem die enge Verzahnung mit der Handels- und Investitionspolitik. Anschließend stellen wir Lösungsansätze vor, mittels derer die Einhaltung von Menschenrechten entlang der gesamten Lieferkette von Unternehmen gewährleistet werden soll. Dazu gehören die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte ebenso wie die EU-Konfliktmineralien-Verordnung. Um Rohstoffe für Zukunftstechnologien geht es schließlich wieder bei einem Bericht über Kobaltabbau in der Demokratischen Republik Kongo ebenso wie bei der Auseinandersetzung mit Tiefseebergbau.

Zu guter Letzt möchten wir über Alternativen zum Bergbau und Ansätze zur Reduktion des absoluten Rohstoffverbrauchs diskutieren. Wir freuen uns auf zwei gemeinsame, intensive Tage des Lernens!

Mit einem Webinar führen wir in den Crashkurs ein.

### Letzte Septemberwoche

#### **Webinar: Deutsche Rohstoffpolitik**

- Deutsche Rohstoffpolitik – eine Einführung, (Michael Reckordt, AK Rohstoffe)
- Rohstoffe für Zukunftstechnologien (Beate Schurath, INKOTA)

Freitag, 12.10.2018

### Teil I Rohstoff im Fokus: Lithium

- Ab 11:00      **Begrüßung, Vorstellungsrunde und Einführung ins Programm**
- 12:15          Fahrt nach Zinnwald (Altenberg) / Imbiss
- 13:30          Besichtigung **Besucherbergwerk Zinnwald** (Altenberg)
- 15:00          Pause
- 15:30          **Von der Exploration bis zum Abbau** (Armin Müller, Deutsche Lithium GmbH)
- 17:00          Fahrt nach Dresden
- 18:00          Abendessen
- 19:00          **Herausforderungen des Lithiumabbaus in Bolivien** (Oscar Choque, AYNI Verein für Ressourcengerechtigkeit)
- 19:45          **Wer verbraucht wessen Ressourcen? Über die imperiale Lebensweise** (Carla Noever Castelos, ILA Kollektiv)

Samstag, 13.10.2018

### Teil II Rohstoffpolitik und Menschenrechte

- 09:30          **Instrumente der deutschen Rohstoffstrategie** (Michael Reckordt, AK Rohstoffe)
- 10:15          **Rohstoffpolitik trifft Handelspolitik** (Merle Groneweg, PowerShift)
- 11:00          Pause
- 11:30          **Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten** (Sarah Lincoln, Brot für die Welt)
- 12:15          **Kobalt als Konfliktmineral? – Bergbau in der Demokratischen Republik Kongo** (Gesine Ames, Ökumenisches Netz Zentralafrika)
- 13:00          Mittagessen
- 14:00          **Nein zum Raubbau an der Tiefsee!** (Jan Pingel, OzeanienDialog)

### Teil III Politische Forderungen und Diskussion

- 15:00          Kleingruppenarbeit zu den politischen Forderungen des AK Rohstoffe
- Offene Fragen und Diskussion
- 16:30          Feedback & Abschlussrunde



### **Bewerbung und Anmeldung:**

Der Crashkurs richtet sich gezielt an Mitarbeiter\*innen, Mitglieder und Aktive aus politischen Parteien, Gewerkschaften und NGOs. Voraussetzung für eine Teilnahme ist eine **kurze Bewerbung mit Angaben**. Diese sollte bis zum **15. Juli 2018** an [jakob.kluchert@power-shift.de](mailto:jakob.kluchert@power-shift.de) geschickt werden.

Endgültige Teilnahmebestätigungen werden wir voraussichtlich Ende Juli verschicken!

**Teilnahmebeitrag 50€ (Selbstzahler\*innen) – 80€ (Organisationen)** inkl. Übernachtung/Verpflegung  
Es soll nicht am Geld scheitern (bitte im Zweifel bei [jakob.kluchert@power-shift.de](mailto:jakob.kluchert@power-shift.de) melden).

### **Angaben zur Bewerbung:**

- ✗ Name, Adresse, Email, Telefon: ...
- ✗ **Motivation** zur Crashkurs-Teilnahme; politische Erfahrung/Funktion oder politisches Engagement; Multiplikator\*innenrolle (500-1000 Zeichen): ...
- ✗ Sonstige Hinweise/Wünsche (bzgl. Ernährung, Übernachtung, Logistik etc.): ...

### **Kontakt/Organisation:**

Jakob Kluchert, PowerShift e.V.  
[jakob.kluchert@power-shift.de](mailto:jakob.kluchert@power-shift.de)  
030/41934182

Merle Groneweg, PowerShift e.V.  
[merle.groneweg@power-shift.de](mailto:merle.groneweg@power-shift.de)  
030/41934182

Dieses Projekt wird gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie von der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe.



Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein PowerShift verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt von Engagement Global, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe angesehen werden.